

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

29.04.2022

Oberfrankens Bevölkerung völlig schutzlos. Martin Böhm (AfD) fordert die Staatsregierung zum Handeln auf

In Oberfranken existieren noch 13 öffentliche Schutzräume, die auf 6641 Plätze ausgelegt sind. Sie befinden sich in Bamberg und Hof sowie den Landkreisen Bayreuth und Lichtenfels. Dies erfuhr der Landtagsabgeordnete Martin Böhm (AfD) auf Nachfrage von der Bayerischen Staatsregierung. Es könne jedoch „nicht davon ausgegangen werden, dass eine entsprechende Nutzung unmittelbar realisiert werden kann“, heißt es wörtlich in der Antwort. Grund sei die 2007 getroffene Entscheidung, die Schutzraumkonzeption aufzugeben. Seitdem finden keine Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen mehr statt. Für die Warnung der Bevölkerung existieren in Oberfranken 1240 Alarmsirenen. Damit sei eine „flächendeckende Warnung“ der Bevölkerung nicht möglich.

Martin Böhm, bundespolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, kommentiert dies wie folgt:

„Mit der Entscheidung der großen Koalition von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, ist die Gefahr noch einmal realistischer geworden, dass der Krieg sich bis vor unsere Haustür ausdehnt. Vor diesem Hintergrund ist es ein handfester Skandal, dass die Menschen in Oberfranken und anderswo völlig schutzlos sind und nicht einmal flächendeckend vor drohenden Gefahren gewarnt werden können. Die Staatsregierung verweist hier zwar auf die Zuständigkeit des Bundes. Es blieb und bleibt ihr jedoch unbenommen, mit entsprechenden Initiativen auf den Bund einzuwirken. Dass die CSU die Entscheidung über Waffenlieferungen im Bundestag mitgetragen hat, ist ein deprimierendes Beispiel für eine kopflose, aktionistische Politik ohne jegliche Abschätzung der Folgen. Im Sommer letzten Jahres hatte Ministerpräsident Söder angekündigt, dass in Bayern 26.000 Sirenen wieder in Betrieb genommen werden. In Oberfranken hat sich in diesem Punkt seitdem außer ein wenig bürokratischer Vorarbeit nichts getan. Ich fordere die Staatsregierung auf, Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen und sich im Bund kraftvoll dafür einzusetzen, dass unsere Bevölkerung im Kriegs- und Katastrophenfall so schnell und umfassend wie möglich geschützt werden kann.“